

«Alle haben Angst um ihre Jobs»

GRIECHENLAND Die Schuldenkrise ist nicht das Ende der EU, sondern eine Möglichkeit, längst überfällige Reformen umzusetzen, sagt der griechische Wirtschaftsprofessor Gikas Hardouvelis.

INTERVIEW NELLY KEUNE
nelly.keune@luzernerzeitung.ch

Gikas Hardouvelis, das griechische Parlament hat dem Ministerpräsidenten Giorgos Papandreu knapp das Vertrauen ausgesprochen. Doch wie lange wird er sich noch halten können?

Gikas Hardouvelis*: Am Dienstag hat die Regierung es geschafft, 155 von 300 Stimmen zu bekommen. Das ist ein imponierender Rekord, wenn man bedenkt, wie die Bevölkerung im vergangenen Jahr unter den Sparbemühungen gelitten hat. Die Regierung kann nun bis Oktober 2013 im Amt bleiben – dann finden die nächsten regulären Wahlen statt. Bis dahin kann nur die Regierung Neuwahlen ansetzen. Eine Bewährungsprobe wird aber die auf nächste Woche angesetzte Abstimmung über das Sparpaket sein. Wir dürfen nicht vergessen, dass es dieses Programm vorsieht, die Ausgaben des öffentlichen Sektors um knapp die Hälfte zu kürzen, und das über die nächsten zehn Jahre.

Hat Sie das Ausmass der Schuldenkrise überrascht?

Hardouvelis: Nicht wirklich. Ich habe schon vor dem Ausbruch der Finanz-



«EU-Mitgliedschaft hat wie eine Schlaftablette auf die Politiker gewirkt.»

krise im Jahr 2007 gewarnt, dass der griechische Staatshaushalt aus dem Lot geraten ist. Das Ausmass der Probleme haben wir aber alle unterschätzt. Rückblickend wissen wir nun, dass die Schuldenkrise sich nur so verheerend entwickeln konnte, weil sich die EU-Staaten untereinander angesteckt haben. Die griechische Krise zeigt nun, wie anfällig die EU für Fehlentwicklungen ist. Das liegt zum einen an Problemen in der Architektur der Währungsunion, aber auch daran, dass sie zu schnell konstruiert wurde. Es ist nicht genug darauf geachtet worden, ob die Länder auch wirtschaftlich voneinander profitieren können und wer am Ende als Mitglied aufgenommen wird.

War es falsch für Griechenland, der EU beizutreten?

Hardouvelis: Absolut nicht. Ein Austritt aus der EU steht für mich nicht zur Debatte. Der Beitritt macht politisch und wirtschaftlich Sinn. Wirtschaftlich bietet die Währungsunion Absicherung zum Beispiel gegen eine Inflation. Die EU kann auch dazu beitragen, dass Länder, denen die finanzpolitische Disziplin fehlt, zum verantwortungsvollen Handeln angehalten werden. Darüber hinaus hat die EU das Vertrauen in Griechenland gestärkt und zu einer gewaltigen Steigerung von privaten Investitionen geführt.

So konnte Griechenland zwischen 1996 und 2008 auch enorm wachsen. Was ist danach schiefgegangen?

Hardouvelis: Die EU-Mitgliedschaft hat auch ihre Schattenseiten. Während sie die Wirtschaft zum Wachsen gebracht hat, hat sie wie eine Schlaftablette auf die griechischen Politiker gewirkt. Sie haben aufgehört zu handeln. Durch den Beitritt zur EU ist die disziplinierende Wirkung des Marktes verlorengegangen. Die Märkte haben Griechenland behandelt, als sei es ein zweites Deutschland, und auch die Bevölkerung war zufrieden. So haben sich die Politiker darum gedrückt, unpopuläre politische Umstrukturierungen durchzusetzen.

Wird das griechische Parlament nächste Woche das Sparpaket verabschieden?

Hardouvelis: Ich erwarte eine Zustimmung mit mindestens 154 von 300 Stimmen. Ich sehe das Problem weniger bei der Abstimmung über das Paket als bei der Umsetzung der Massnahmen. Die Politiker messen ihre Produktivität an der Anzahl der Gesetze, die sie durchs Parlament bringen, nicht an der Durchsetzung bestehender Gesetze. Aber die Umsetzung ist der Knackpunkt, besonders jetzt, wo das Land in nur zwei Jahren umstrukturiert werden muss. Andere Länder wie zum Beispiel Deutschland oder Schweden haben dafür über zehn Jahre gebraucht. Eine derart schnelle Reform erfordert auch Führungsqualitäten, und die sind – leider zu oft – Mangelware.

In welchen Bereichen kann der griechische Staat noch sparen?

Hardouvelis: In den staatlichen Unternehmen wird viel Geld verschwendet, und auch in den öffentlichen Krankenhäusern verpufft unglaublich viel. Diese Verschwendung wurde über Jahre hinweg kultiviert, weil Interessengruppen ihren Einfluss auf die Wahlen und ihren Reichtum dafür eingesetzt haben. Hinzu kam natürlich auch noch ein sehr schlecht organisierter Staat. Wir dürfen auch nicht die Schattenwirtschaft vergessen, durch die dem Staat viel Steuergeld entgeht. Sie ist so gross, weil 36 Prozent der Griechen selbstständig sind, während diese Quote im EU-Durchschnitt nur 15 Prozent beträgt.

Ist es überhaupt möglich, dass Ihr Land die finanzielle Misere in den Griff bekommt?

Hardouvelis: Es ist sehr schwer, aber möglich. Gut ist, dass die Politiker sich nun nicht mehr vor wichtigen Entscheidungen drücken können. Sie müssen nun dem klaren Plan des Internationalen Währungsfonds (IWF; Anm. der Redaktion) und der EU folgen.

Welche strukturellen Reformen sind nötig?

Hardouvelis: Seit Mai 2010 sind schon viele Reformen auf den Weg gebracht worden. Zum Beispiel die Kürzung von Löhnen und Pensionskassenansprüchen. Nach fünf Monaten hat der Reformwille allerdings stark abgenommen. Der Grund: Die Interessengruppen haben wieder ihren Einfluss geltend gemacht. Sie üben grossen Druck aus auf die Regierung. Zwei Beispiele: Apotheker wollen auch in Zukunft einen garantierten Gewinnanteil von 35 Prozent an Medikamenten einstreichen, und Richter wollen weiterhin Geld dafür bekommen, dass sie überhaupt ein Verfahren ansetzen.

Das griechische Volk demonstriert fast täglich gegen die Sparpläne. Kann die Regierung überhaupt etwas ändern ohne die Unterstützung der Bürger?

Hardouvelis: Ich bin nicht der Meinung, dass das Volk insgesamt nicht



Die harten Sparmassnahmen seien notwendig, sagt der Experte Gikas Hardouvelis. Trotzdem gehen die Proteste in Athen weiter.

Reuters/John Kolesidis

hinter der Regierung steht. Im Gegenteil: Die meisten Bürger würden Reformen sogar sehr begrüßen, auch weil sie bereits sehen, dass ihr Lohn immer weniger wert ist. Sie fordern nun die Regierung auf, endlich die Macht der Interessengruppen zu brechen. Der Widerstand kommt nicht aus dem Volk, er kommt von den dicken Profiteuren des heutigen chaotischen Staatssystems. Wir müssen endlich handeln, und die Krise ist unsere letzte Möglichkeit dafür.

Trotzdem, die Ängste der Menschen scheinen sehr gross zu sein.

Hardouvelis: Das stimmt. Wir haben seit drei Jahren eine Rezession, und jede Familie spürt sie am eigenen Leib. Alle haben Angst, ihre Jobs zu verlieren, und je mehr die Löhne sinken, desto weniger Geduld haben die Menschen. Das ist doch ganz natürlich. Viele sind wütend auf die EU und den IWF, weil sie sich so lange nicht zu einem Hilfspaket durchringen konnten.

Was kann jeder einzelne Grieche tun, um seinem Land zu helfen?

Hardouvelis: Nicht in Panik geraten und niemanden ungerechtfertigt beschuldigen. Die Griechen müssen einsehen, dass die guten alten Zeiten vorbei sind und dass es keine magische Lösung für unsere Probleme gibt, die nichts kostet. Der einzige Weg raus aus der Misere führt über die Reformen des öffentlichen Sektors und klare Vorgaben, was im Land in Zukunft zulässig ist und was nicht.

HINWEIS

► * Dr. Gikas A. Hardouvelis (56) ist Professor für Banken- und Finanzmanagement an der Universität Piräus in Griechenland und Chefökonom der Eurobank EFG. Darüber hinaus fungiert er als Vorsitzender des Akademischen Rates der griechischen Bankengesellschaft. Er hat in Berkeley und Harvard studiert. ◀

Solidaritätssteuer

SPARPAKET red. Mit Zuckerbrot und Peitsche versuchen die EU-Regierungschefs, Griechenland zur Annahme der Sparauflagen zu überzeugen, um die weitere Finanzierung sicherzustellen. Das Land «muss noch viele Anstrengungen unternehmen», sagte die deutsche Bundeskanzlerin Angela Merkel gestern zum Schluss des zweitägigen Gipfels in Brüssel. Vage blieb Merkel bei der Frage, ob auch die Opposition zustimmen muss, damit die nächste Hilfsstranche von 12 Milliarden nach Athen fließen kann. Die griechische Öffentlichkeit hat schockiert auf die ersten Details aus dem neuen Sparprogramm von Ministerpräsident Giorgos Papandreu reagiert. «Es ist der Gnadenschuss für unsere Einkommen», titelte am Freitag die linksliberale Zeitung «Eleftherotypia». Die Griechen müssen demnach eine Solidaritätssteuer zwischen 1 und 4 Prozent ihres Einkommens zahlen.

Der Niedergang Griechenlands

2009

9. Dezember

S&P-Rating sinkt auf BBB+
Standard&Poor's stuft als zweite Ratingagentur Griechenlands Kreditwürdigkeit herab. Der Euro bricht ein.

2010

3. Februar

Aufsicht
Die EU-Kommission stellt Griechenland unter Aufsicht. Athen soll bis 2012 sein Defizit in den Griff bekommen.

3. März

Sparen
Griechenlands Regierungschef Giorgos Papandreu präsentiert ein Sparprogramm zur Rettung des Staatshaushalts. Im Mai billigt das Parlament das Sparpaket.

23. April

Hilfspaket
Griechenland beantragt das Hilfsprogramm. IWF und Euroländer sind bereit, dem Land mit 45 Milliarden Euro zu helfen.

2. Mai

Notkredit
Die Eurogruppe beschliesst einen Notkredit von 110 Milliarden Euro für Athen. 80 Milliarden Euro kommen von den Eurostaaten, 30 Milliarden Euro gibt der IWF.

5. Mai

Todesopfer
Am Rande einer Grossdemonstration gegen das Sparprogramm der Regierung sterben zwei Frauen und ein Mann.

2011

13. Juni

S&P-Rating fällt auf CCC
Die Ratingagentur S&P stuft Griechenland von B auf CCC. Damit ist das Land der schlechtestbewertete Staat der Welt.

15. Juni

Politisches Chaos
Zur Schuldenkrise kommt politisches Chaos. Sozialisten und Konservative scheitern bei dem Versuch, eine Koalitionsregierung zu bilden.

17. Juni

Aufschub
Europa verschiebt die Einigung über das Rettungspaket immer weiter.

22. Juni

Vertrauensfrage
In einer Nachtsitzung stimmten von den 300 Abgeordneten 155 für die Regierung. Ministerpräsident Giorgos Papandreu darf weiter regieren.

28. oder 30. Juni

Abstimmung
Das Parlament muss über das Sparpaket abstimmen. Damit es eine neue Rate der Notkredite in Höhe von 12 Milliarden Euro ausbezahlt bekommt, muss das Land mehr als 28 Milliarden Euro einsparen.